

Aufstand auf der Männer-Insel

Nur wenige Frauen schaffen es im Berner Inselspital in Chefpositionen. Ein Gesetz soll das ändern



OP am Inselspital Bern: Unter dem Klinikleiter für Anästhesiologie hat sich die Situation für Frauen weiter verschlechtert
Foto: Keystone

Fabienne Riklin

Bern Am Unispital Bern bestche hinsichtlich Gleichstellung kein Handlungsbedarf. Das teilte Pierre Alain Schnegg, SVP-Regierungsrat, Gesundheitsdirektor des Kantons Bern und somit oberster Chef des Inselspitals, am Montag als Antwort auf zwei parlamentarische Vorstösse mit.

Wirklich nicht? Die Insel, das grösste Spital der Schweiz und der grösste Arbeitgeber des Kantons, hat im oberen Kader, ab Stufe Leitender Arzt, einen Frauenanteil von 16 Prozent. Berücksichtigt man alle ärztlichen Kader, sind es 41 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Hirsländern Bern sind es 53 Prozent. Bei der Privatklinik Wyss sogar 56 Prozent.

Unter Verschluss war bis jetzt ein Bericht über die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts am universitären Arbeitsplatz, verfasst Ende 2014 von der Abteilung für Gleichstellung der Uni Bern. Insgesamt 159 Personen aus der Medizinischen Fakultät Bern, der Institute der Uni und Kliniken der «Insel» angehören, haben den Online-Fragebogen ausgefüllt. Die Analyse, die Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Betroffenen zu-

lässt, liegt dieser Zeitung vor und zeigt: Es besteht Handlungsbedarf.

Besonders weibliches akademisches Personal aus den höheren Hierarchiestufen ist von Diskriminierung betroffen. Und zwar aufgrund des Geschlechts. Eine verbreitete Wahrnehmung der Befragten beider Geschlechter ist: Männer werden mehr geschätzt, ihnen wird mehr zugetraut, und es werden ihnen verantwortungsvollere Aufgaben zugeteilt. Eine, die diese Ungleichbehandlung am eigenen Leib erfahren hat, ist die Anästhesistin Natalie Urwyler. «Ich war der Meinung, dass, wenn ich hart arbeite, ich gleich behandelt würde wie ein Mann. Ein Irrtum.» Eine Frau müsse zehnmal so gut sein, um Chefin zu werden.

Urwyler, Nachwuchshoffnung der Insel und damals angehende Professorin, setzte sich für gleichwertige Karrieremöglichkeiten sowie besseren Mutterschutz ein und bezahlte mit dem Stellenverlust. Zu Unrecht. Das Inselspital wurde erst- und zweitinstanzlich verteilt und akzeptierte zähneknirsch den Entscheid.

Urwyler ist eine der ersten Frauen, die hierzulande mit einer Diskriminierungsklage aufgrund des Gleichstellungsgesetzes durchge-

kommen sind. Rechtsexperten sind sich einig: Das Urteil sei ein Signal an alle Chefs in männlich geprägten Berufswelten, überholte Vorstellungen zu überwinden. Am Inselspital ist denn auch schon ein gewisser «Urwyler-Effekt» auszumachen. So sind 2017 erneut mehr Teilzeitstellen gutgeheissen worden, und befristete Arbeitsverträge von Schwangeren werden neu bis Ende Mutterschutz verlängert.

Solange die alte Garde an der Macht ist, ändert sich nichts

Noch immer aber haben dieselben Personen das Sagen, die Urwyler bekämpfen. Allen voran der Klinikleiter für Anästhesiologie. Unter ihm hat sich die Situation für Frauen verschlechtert. Es gibt keine Frau mehr im obersten Kader. Und im mittleren und unteren sind sie stark unterrepräsentiert. Dabei mangelt es in der Anästhesie-Klinik nicht an weiblichem Nachwuchs. 60 Prozent der Assistenzärzte sind Frauen, und bei den Fachärztinnen, die bereit sind für eine Beförderung, sind es 80 Prozent.

Was ist passiert? 134 Ärzte und Pflegepersonen haben der Anästhesie-Klinik der Insel den Rücken gekehrt – das übersteigt die Rate der natürlichen Fluktuation bei wei-

tem. Vor allem Ärztinnen haben reihenweise in Privatspitäler gewechselt, weil sie an eine gläserne Decke gestossen sind.

Geschäftsleitung, Verwaltungsrat und auch der Regierungsrat sehen seit mittlerweile zehn Jahren stillschweigend zu. Auf Anfrage gibt die Insel keine konkrete Antwort, ausser: «Eine Fachstelle setzt sich für eine faire Behandlung aller Mitarbeitenden ein.» Ob sich dadurch die Situation für Ärztinnen verbessert hat, ist unklar. Eine neuere Untersuchung zu Diskriminierung gibt es nicht.

Nun formiert sich Widerstand. «Da der Regierungsrat und auch die Spitalleitung keine Verantwortung übernehmen wollen, braucht es eine Änderung des Spitalversorgungsgesetzes», sagt die Berner Grossrätin Natalie Imboden (Grüne). So sollen Listenspitäler künftig verpflichtet sein, Frauen in leitenden Positionen gemäss ihrem Anteil in der Berufsgruppe anzustellen. Ihre Ratskollegin Ursula Marti (SP) ist überzeugt, dass es ohne Quote keine Veränderung geben wird. «Erst wenn jedes Geschlecht zu 40 Prozent in einem Leitungsgremium vertreten ist, ticken Teams anders», sagt Marti. Auch sie plant einen Vorstoss.

Fest steht: Die Antwort des Regierungsrats hat die Wogen nicht gelähmt, im Gegenteil. «Sie ist eine Frechheit. Und es ist höchste Zeit, dass der Regierungsrat grundsätzliche Fragen der strategischen Spitalführung anpackt», sagt Adelheid Schneider-Gilg, Präsidentin von Medical Women Switzerland. Und Janine Junker, Rechtsberaterin beim Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärzte Bern, sagt: «Solange die alte Garde Männer an der Macht ist, wird sich nichts ändern.» Ein Generationenwechsel sei daher zwingend.

Dafür kämpft auch Katrin Flückiger. 23 Jahre war sie am Inselspital, zuletzt als Leitende Ärztin. «In jedem anderen Konzern hätte ein solcher Klinikdirektor gehen müssen.» Doch an der Insel seien der Regierungsrat, die Geschäftsleitung und auch der Verwaltungsrat sowie die Klinikleiter miteinander verhandelt. «Was sie alle nicht wollen, ist Veränderung.»

Urwyler arbeitet heute am Spital Sitten, das Inselspital müsste sie eigentlich wieder einstellen, hat sie aber bereits wieder freigestellt: «Mein Ziel ist nicht meine Karriere, sondern dass meine Tochter einmal bessere Bedingungen hat.»

Kommentar — 20

Anzeige



Universität St. Gallen

Weiterbildung für unternehmerische Persönlichkeiten aus KMU

Diplomprogramm Intensivstudium KMU

50 Seminartage in 10 Blockwochen

St. Galler Management Seminar für KMU

20 Seminartage in 8 Blöcken

praxisnah – anwendungsorientiert – inspirierend



Das neue Wissen sowie der intensive Erfahrungsaustausch mit den anderen Führungskräften haben mir wertvolle Impulse und kreative Lösungsansätze zur Führung im KMU-Alltag geliefert.

Antonio Marselli
Inhaber und Geschäftsführer
der audio-video g+m s.a. St. Gallen

Nächster Info-Abend:
6. November 2018 in Zürich
Anmeldung online

www.kmu.unisg.ch/wb

KMU-HSG.CH

Schreckliches Vorbild

Jair Bolsonaro verherrlicht die Militärdiktatur, die Brasilien an den Rand des Abgrunds brachte

Brasília Als Jair Bolsonaro 2016 zur Urne schritt, um für die Amtsenthebung der linksgerichteten Präsidentin Dilma Rousseff zu votieren, sagte er vor den Abgeordneten, er widme seine Stimme dem Coronel Alberto Brilhante Ustra. Was damals noch als irre Bemerkung eines zynischen Hinterbänklers abgetan wurde, lässt vielen demokratisch gesinnten Brasilianern heute das Blut in den Adern gefrieren.

Bolsonaro wird aller Wahrscheinlichkeit nach zum nächsten Präsidenten gewählt, und der, den er da öffentlich lobte, war ein berühmter Folterer.

Bolsonaro hat die Diktatur, die gut 20 Jahre dauerte, häufig als eine Art Leitbild hingestellt. «Ja, ich bin für die Diktatur», hatte er 1993 gesagt. 1999 sagte er einem Interviewer: «Ich bin für die Folter, du weisst das, und das Volk ist es auch.» In seiner jetzigen Wahlkampagne drückt er sich nur wenig vorsichtiger aus: Das Ende des bankrotten Systems, das Brasilien jahrzehntlang regiert habe, sei nahe, postete er am 3. Oktober auf Facebook. Erst vergangene Woche kündigte er «Säuberungen» des Landes von politischen Gegnern an. Kein Zweifel: Dieser Mann plant Grundlegendes.

Auch die Obristen, die 1964 die Macht in Brasilien an sich rissen, nannten sich «Revolutionäre». Die Ausgangslage war der heutigen ähnlich. Das Land war extrem polarisiert zwischen links und rechts. Es regierte der linksorientierte Präsident João Goulart, der auf die Unterstützung der verarmten Massen setzte, aber die Wirtschaftskrise und die Inflation nicht in den Griff bekam. Die Armee rechtfertigte damals ihren Putsch damit, sie müsse die Ordnung wiederherstellen. Sie konnte sich dabei der Unterstützung breiter Bevölkerungsgruppen, vor allem in Ober- und Mittelschicht, sicher sein. Auch Bolsonaro setzt auf diese Schichten, die im kriminalitätsgeplagten Brasilien nach der «mano dura» rufen, der harten Hand.

Wer nach dem Putsch blieb, musste mit Verfolgung, Gefängnis, Folter und Mord rechnen

Goulart wurde ins Exil nach Uruguay gezwungen. Anfangs gelobte das Militär, bald die Demokratie wiederherzustellen. Das tat es auf seine Weise auch: 1965 etwa wurden regionale Wahlen abgehalten, doch die Armee entschied, wer kandidieren durfte. Erst nach und nach merkten viele Brasilianer, wem sie da zugejubelt hatten. Die Repression wurde systematischer, die Zensur totalitär, in den Gefängnissen wurde gefoltert. Prominente Brasilianer wie der Architekt Oscar Niemeyer, Schöpfer der futuristischen Hauptstadt Brasília, oder der Bossa-nova-Sänger Chico Buarque gingen ins Exil.

Wer blieb, musste mit Verfolgung und Gefängnis rechnen – wie die Studentin Dilma Rousseff. Sie und viele andere wurden von Coronel Ustras Leuten gefoltert. Die Misshandlungen geschahen systematisch. Aber die Weltöffentlichkeit bekam von alledem wenig mit, die Diktatur war zugeknöpft, die Zensur verbot eine Berichterstattung. Erst 1975 gelang es einem «Newsweek»-Reporter, von dem Bürgerkrieg gegen die Guerilla in Amazonien zu berichten, wo 20 000 Soldaten gegen etwa 5000 Rebellen vorgingen.



Brasiliens Generäle nach dem Putsch 1964 Foto: Keystone

Hunderte Menschen seien gestorben, darunter viele Zivilisten, hiess es. «Wir haben nichts, aber auch gar nichts zu erklären», sagte ein Militärsprecher dem Reporter. Später rechtfertigten sich die Obristen mit einem typischen Argument jener Zeit: Sie hätten einen schmutzigen Krieg führen müssen, um ein neues Kuba zu verhindern. Dabei konnten sie sich der Unterstützung durch die USA gewiss sein. Die Generäle brüteten sich mit Stabilität, die Wirtschaft machte glänzende Geschäfte. Heute setzen grosse Teile der brasilianischen Wirtschaft auf Jair Bolsonaro.

Doch mit der wirtschaftlichen Kompetenz der Militärs war es nicht so weit her, wie die Generäle glauben machen wollten. Der Versuch, Brasilien mit geliehenem Geld zu industrialisieren, scheiterte. 1981/82 brach Brasiliens Wirtschaft infolge einer Rezession zusammen, die Auslandsschulden wuchsen auf 100 Milliarden Dollar an, es gab eine Hyperinflation und Hungersnöte.

1985 taten die Generäle das, was sie auch in anderen Ländern taten: Sie warfen ihn, gewährten sich eine Amnestie und zogen sich zurück in die Kasernen, wo sie noch heute lauern. Sebastian Schoepf



Jair Bolsonaro inmitten von Anhängern: Der ehemalige Fallschirmjäger schürt den Hass und droht mit exzessiver Gewalt

Foto: Reuters

Warum ein Rechtsextremer in Brasilien Favorit ist

Heute entscheidet sich, wer neuer Präsident wird. Die meisten Wähler finden keinen der beiden Kandidaten gut. Die Stimmung ist dennoch stark aufgeheizt

Boris Herrmann

Rio de Janeiro Im Stadtteil Urca von Rio – in diesem Fall trifft das inflationär verwendete Bild «unter dem Zuckerhut» ausnahmsweise zu – fährt eine Frau mit dem Velo, ein Kind auf dem Rücksitz. Die Strasse ist eng, das Trottoir zugeparkt, das Auto hinter ihr kann nicht überholen. Der Fahrer hupt. Und weil die Frau nicht sofort aus dem Weg geht, ruft der Mann aus dem Fenster: «Strassen sind für Autos da!» Die Frau hält dagegen: «Velfahrer haben auch Rechte.» Die Antwort des Autofahrers haben mehrere Ohrenzeugen gehört: «Es geht nicht mehr lange, dann wird man Schlampen wie dir einfach die Reifen zerschneiden.»

Es ist eine Begebenheit unter vielen aus der vergifteten Stimmung des brasilianischen Wahlkampfes 2018. Wer auch immer die heutige Stichwahl gewinnt, der rechtsradikale Jair Bolsonaro oder Fernando Haddad von der linken Arbeiterpartei (PT), der Schaden ist bereits angerichtet. Freunde haben sich zerstritten, Familien reden nicht mehr miteinander, auf den Strassen ist der Hass zu spüren, den vor allem Bolsonaro geschürt hat.

Vieles von dem, was der ehemalige Fallschirmjäger der Militärdiktatur ankündigt oder androht, liest sich wie ein Aufruf zur Gewalt. Und seit die radikalen Anhänger Bolsonaros aus den Umfragen wissen, dass sie die schweigende Mehrheit der Bevölkerung wohl hinter sich haben, ist Brasilien nicht wiederzuerkennen. Es ist, als wären die Filterblasen der rechtslastigen

Netzwerk geplatzt und die Sätze, die dort schon länger kursieren, in die Wirklichkeit geperzelt.

Noch hat Bolsonaro nicht gewonnen. Sein komfortabler Vorsprung ist in den vergangenen Tagen etwas geschmolzen, und Umfragen zeigen: Der Wählerwille ist wankelmütig. Da können sich über Nacht halbe Welten verschieben. Diese Präsidentschaftswahl ist ohnehin ein Sonderfall, weil die meisten Brasilianer keinen der beiden Kandidaten gut finden. Abstimmen müssen sie trotzdem, es herrscht Wahlpflicht. Gewinnen wird derjenige, den eine Mehrheit für das geringere Übel hält.

Aufstieg zur wirtschaftlichen Suprematie und jäher Absturz

Es sollte jedem lupenreinen Demokraten einleuchten, was es gegen Jair Bolsonaro einzulegen gibt. In seinen 28 Jahren als Parlamentarier hat er im Grunde nichts anderes getan, als die demokratischen Institutionen zu diskreditieren, Minderheiten zu bedrohen und Waffern zu verherrlichen.

Im Fall des PT von Fernando Haddad ist die Lage deutlich komplizierter. Die Partei stellte mit Lula da Silva und Dilma Rousseff 13 Jahre lang das Staatsoberhaupt. Der PT war 1980 unter anderem vom Gewerkschaftsführer Lula gegründet worden und entwickelte sich zur grössten und erfolgreichsten Linkspartei Lateinamerikas. Der Aufstieg Lulas vom Schuhputzer zum Präsidenten brach mit allen ungeschriebenen Gesetzen dieser Nation, die bis dahin stets von einer postkolonialen Oberschicht, von den Oligarchen oder den Militärs regiert worden war. Der PT

steht für historische Errungenschaften bei der Armutsbekämpfung, der Gleichberechtigung, den Bürgerrechten. Dennoch ist die Gesamtbilanz seiner Regierungsjahre durchwachsen. In diese Zeit fiel der Aufstieg der brasilianischen Volkswirtschaft zu einer globalen Supermacht, aber auch der jähe Absturz in die tiefste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Und vor allem: zwei der grössten brasilianischen Korruptionsskandale.

Damit hat die Partei viele Menschen desillusioniert, denn sie war ursprünglich auch mit dem Versprechen eines neuen Politikstils angetreten. Dieses Versprechen hat sie verraten – und sie gibt sich heute uneinsichtig. Es ist nachvollziehbar, dass die meisten Brasilianer jetzt nicht für den PT stimmen wollen. Aber in einer Stichwahl mit Wahlpflicht geht es nicht um die Frage «Ja oder Nein». Es geht um entweder oder: Was schwerer verständlich ist: Warum will in einem Land, in dem sich immer noch die meisten zur Demokratie bekennen, offenbar eine Mehrheit lieber einen Demokratiefeld als eine demokratische Krisenpartei?

Antwortversuche, die vielleicht das Unerklärliche erklären, sind: die berechtigte Sorge über die Alltagsgewalt. Der Irrglaube, das Problem mit noch mehr Gewalt lösen zu können. Die Macht der Lügen in sozialen Netzwerken. Der Einfluss der evangelikalen Kirchen, die den Katholiken Bolsonaro wegen seines Kampfes für «traditionelle Familienwerte» unterstützen. Und schliesslich: ein allgemeines Schnauze-voll-Gefühl.

Man hört dieser Tage überall, der PT habe das Land moralisch

ruiniert, er habe seine Chance verspielt, er müsse weg. In Brasilien herrscht Wechselstimmung, allerdings in einer sehr ungewöhnlichen Variante. Sie richtet sich nämlich gegen eine Partei, die seit über zwei Jahren in der Opposition ist.

Schmiergeldaffären, so weit das Auge reicht

Die PT-Präsidenten Dilma Rousseff war zwar ursprünglich bis zum Ende dieses Jahres gewählt worden, 2016 aber per Impeachment gestürzt. Seitdem regiert der nahezu unsichtbare Michel Temer mit einer Koalition aus liberalen und konservativen Parteien. Die Wirtschaftskrise ist in diesen gut zwei Jahren nicht verschwunden, im Gegenteil, die Zahl der Arbeitslosen hat einen Rekordstand erreicht. Und was die Moral betrifft: Alle Parteien der Temer-Koalition sind genau wie der PT in Schmiergeldaffären verstrickt. Korruption ist in der brasilianischen Politik eben nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Der Ärger darüber konzentriert sich aber fast ausschliesslich auf den PT. Jede Krise braucht einen Sündenbock.

Die Absetzung Rousseffs war ein als rechtsstaatliches Verfahren verkleideter parlamentarischer Putsch. Es könnte die Ursache bei der Zerstörung der brasilianischen Demokratie gewesen sein. Der PT hat seit 2002 alle Wahlen gewonnen, er hatte zuletzt schlecht regiert, das Volk bekam aber nie die Gelegenheit, ihn dafür an der Urne abzustrafen. Vielleicht haben deshalb so viele Brasilianer das Gefühl, das jetzt nachholen zu müssen.

Kunz

Only in America



Ins Trumpland? Wirklich? Mitunter reagierte mein Umfeld mit unverhohlenem Unverständnis, wenn ich davon erzählte, die Ferien in den USA zu verbringen. Manche meinten, angesichts des derzeitigen Präsidenten könnten sie sich dort unmöglich wohlfühlen. Oft kamen die Bedenken von Leuten, die kein Problem damit haben, Ferien in Militärdiktaturen wie Thailand zu verbringen oder in arabischen Ländern, in denen die Scharia gilt und Apartheid gegenüber Frauen herrscht.

Dann doch lieber eine Reise an die amerikanische Ostküste, zum Beispiel nach Washington D.C., der Hauptstadt, die in diesen sonnig-warmen Herbsttagen ungeachtet des politischen Geschreis in prächtigem Licht erstrahlt. Ein Besuch beim World War II Memorial erinnert daran, unter welcher Herrschaft wir in Europa ohne die USA mutmasslich leben würden. Und bei der Führung im Capitol, in dem der Kongress tagt, wird einem wieder einmal bewusst, dass die Amerikaner bereits 1776, mehr als zehn Jahre (!) vor den Franzosen, ihre Revolution ausgerufen hatten, die der Menschheit zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte Freiheit, Demokratie und Menschenrechte brachte.

Daran würde man gerne all jene erinnern, die in ihrer Kritik an den USA gerade jegliches Mass verlieren. Wie zum Beispiel EU-Ratspräsident Donald Tusk, der diese Woche meinte, die

«Nirgends ist der amerikanische Einfluss unschätzbarer als in Kunst und Kultur»

liberale Weltordnung sei nicht durch China oder Russland gefährdet, sondern durch die USA. Hey, Mister Tusk, möchte man ihm zurufen, besuchen Sie bei Ihrer nächsten Washington-Reise doch einmal das Museum of American History. Da wird in unzähligen Ausstellungen gezeigt, wie die USA bis heute unser Leben prägen. Ob in der Technologie, dem Handel, Militär oder Mobilität, von

Microsoft über die Nasa, den D-Day bis zu Elvis Presley – ohne die USA wäre eine liberale Weltordnung wohl gar nie richtig möglich gewesen. Auch eine Portion der amerikanischen Lockerheit wäre nicht nur Mister Tusk, sondern vielen Europäern zu wünschen: Bevor man zum Beispiel die Galerien in diesem monumentalen Museum überhaupt erst entdecken kann, steht mitten in der Eingangshalle mit diversen Scheinwerfern stolz in Szene gesetzt – das originale Batmobil aus dem Batman-Film mit Michael Keaton. Was nur ein halber Kuratoren-Scherz ist, denn nirgends ist der amerikanische Einfluss grösser und unschätzbarer als in Kunst und Kultur. Dass ein Film oder ein Buch nicht nur belehrend, sondern auch unterhaltend oder gar lustig sein können, haben den oft selbstgefälligen französischen Filmern und verkopften deutschen Schriftstellern vor allem die Amerikaner vorgemacht.

Die überdrehten Shows des Frühstückfernsehens, der Hang zum Gigantismus oder die fehlende Dezenz, die vorlauten Zwischenrufer im Kino («Come on, go for it – yes!!!») oder das pathetische Singen der Nationalhymne vor jeder einzelnen Sportveranstaltung – oft denkt man als Besucher mit einer Mischung aus Amüsement und Augenrollen: only in the USA. Tatsächlich ist es dieser lebensbejahende, produktive und freiheitliche Geist der Amerikaner, der unserer westlichen Zivilisation den Takt vorgibt. Und der vor lauter Dünkel in Europa viel zu wenig gewürdigt wird.

Andreas Kunz
ist Redaktionsleiter der Sonntagszeitung

Die andere Sicht von Peter Schneider



Foto: Peter Klauener/Keystone

Die Schweiz muss mit der veralteten Postauto-Tradition brechen

Das Monopol der gelben Busse begünstigt überhöhte Preise. Dass einige Kantone auch nach dem Subventionsskandal daran festhalten, findet Mischa Aebi unverständlich

Lange genossen die Postautos ein sehr hohes Ansehen. Doch weil der Ruf so gut war, vergass man, eine wichtige Frage zu stellen: Könnten andere Transportunternehmen Passagiere nicht ebenso gut, aber viel günstiger von A nach B führen? Oder anders gefragt: Sind Postautos nicht zu teuer? Der Postauto-Skandal führte der Öffentlichkeit die lange verdrängte Antwort in erschreckender Form vor Augen: Ja, die Post-Tochter war zu teuer, schummelte und trickste. So gesehen, war der Skandal ein Segen. Er hat vielen die Augen geöffnet.

Wer nun glaubt, eine blosser Aufarbeitung der jahrelangen

Mischa Aebi,
Bundeshaushaltsredaktor



Schummeleien garantiere, dass die gelben Busse Passagiere künftig so günstig wie möglich transportierten, ist blauäugig. Tricksen im eigentlichen Wortsinn wird Postauto zwar hoffentlich nie mehr.

Doch überall, wo die Post-Tochter das Monopol behält, wird sie weiterhin den Preis diktieren. Postauto wird einfach in allen Bereichen, in denen es Spielraum gibt, in der Offerte zuhänden der Behörden den höchsten erlaubten Wert angeben. Das kann man Postauto nicht einmal verbüßeln. Es liegt in der Natur eines jeden Unternehmens, das keine Konkurrenz befürchten muss. Derlei legal überhöhte Preise können Behörden

weder mit Kontrollen noch Benchmarking verhindern.

Deshalb muss die Schweiz mit der guten alten Postauto-Tradition brechen: Die Kantone müssen alle Postauto-Linien öffentlich ausschreiben und jeweils dem besten und günstigsten Busunternehmen den Auftrag für den Betrieb erteilen. Befürchtungen, dass das nicht funktioniert, sind nicht gerechtfertigt: Im Kanton Bern haben die Städtischen Verkehrsbetriebe Postauto bereits mehrere Linien weggeschonappt – weil sie günstiger und besser sind. Millionen lassen sich so sparen. Unverständlich ist es hingegen, dass sich einige Kantone dagegen sträuben. Schweiz — 4

Adieu Halbgötter in Weiss, grüezi Frauen

Fabienne Riklin ist der Ansicht, dass es höchste Zeit ist für einen Generationenwechsel auf vielen Chefposten in Schweizer Spitälern

Sie haben sich eingerichtet in ihrer Welt als Chefärztin oder Klinikleiter. Sie schalten und walten oft, wie es ihnen beliebt. Und ziehen gerne diejenigen Ärzte nach, die stets zu ihren Diensten sind und ihren Status als Halbgötter stützen. Ist kein Schweizer vorhanden, darf auch gerne ein Arzt aus dem Ausland sein. Auf der Strecke bleiben die Frauen.

Wie neuste Zahlen der Ärzteschaft FMH zeigen, haben vergangenes Jahr zum siebten Mal in Folge mehr Frauen als Männer einen Facharzttitel erworben. 891 waren es 2017. Das sind 59 Prozent. Geht es aber darum, Kaderpositionen zu erreichen, stossen

Ärztinnen an eine gläserne Decke. Nur 12 Prozent der Chefärztinnen sind Frauen und lediglich 24 Prozent der leitenden Ärzte. Obwohl weiblicher Nachwuchs vorhanden wäre – anders als in anderen Branchen. Was läuft falsch?

Vieles deutet darauf hin, dass die sozialen Strukturen die Frauen von einer Karriere im Spital abhalten. Beim Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen häufen sich Fälle von frustrierten und demotivierten Frauen, die im hierarchisch geführten Spitalbetrieb nicht befördert werden.

Allzu oft haben die Herren mit Führungsfunktionen noch immer die fixe Vorstellung, nur wer sich

60 Stunden pro Woche abrackere, werde ein guter Arzt. Deshalb führt insbesondere die Mutterschaft zum Karriereknick.

Doch es muss möglich sein Kind, Kittel und Chefposten zu vereinbaren, insbesondere mit 70 oder 80 Stellenprozenten. Auch weil die Zahl der Ärztinnen weiter zunimmt. Von 36 900 Medizinerinnen sind mittlerweile fast 15 200 weiblich. Sie dürfen nicht vor der Frage stehen: Kind oder Karriere. Ohne politischen Druck und Generationenwechsel in den Chefpositionen scheint sich aber nichts zu tun. Deshalb ist es Zeit, den Halbgöttern Adieu zu sagen.

Nachrichten — 11

Fabienne Riklin,
Reporterin

